Ausgabe 44 | November 2018

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

Steuern

Bundesfinanzhof

- Abzug von Refinanzierungszinsen für notleidende Gesellschafterdarlehen
- Entschädigung wegen Erwerbsunfähigkeit bei Arbeitslosigkeit
- Ablaufhemmung nach Erstattung einer Selbstanzeige

Finanzgerichte

- Kindergeld: Mehraktige einheitliche Erstausbildung zur Bankbetriebswirtin - Zwischenzeitliche Vollzeiterwerbstätigkeit
- Schenkungsteuer bei Veruntreuung von Geldbeträgen zugunsten eines Dritten

Finanzverwaltung

- Passive Entstrickung aufgrund erstmaliger Anwendung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)

Weitere Meldungen

- Nachzahlungszinsen ab 2012 verfassungswidrig?

Recht

Arbeit und Soziales

- Benachteiligung wegen der Religion - Entschädigung
- Anspruch auf teure Hörgeräte wegen Baustellenlärm

Zivilrecht

- Ehefrau der Kindesmutter wird nicht aufgrund der Ehe zum rechtlichen Mit-Elternteil des Kindes

Sonstiges Recht

- Trompetenspiel in einem Reihenhaus

Wirtschaft

Finanzen

- Hypothekenzinsen und Immobilienpreise werden steigen

Personal

- Subskriptionsangebot zur Neuauflage der Vergütungsstudie GmbH-Geschäftsführergehälter 2019 von BBE media bis 29.11.2018

Steuern

Bundesfinanzhof

Abzug von Refinanzierungszinsen für notleidende Gesellschafterdarlehen

Bundesfinanzhof, VIII-R-19/16, Pressemitteilung vom 31.10.2018

Verzichtet ein Gesellschafter unter der auflösenden Bedingung der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft auf sein Gesellschafterdarlehen, um deren Eigenkapitalbildung und Ertragskraft zu stärken, sind bei ihm weiterhin anfallende Refinanzierungszinsen nicht als Werbungskosten im Zusammenhang mit früheren Zinseinkünften abziehbar, wie der BFH entschieden hat. Die nunmehr durch die Beteiligungserträge veranlassten Refinanzierungszinsen sind vielmehr nur auf Antrag zu 60 % als Werbungskosten abziehbar.

- **mehr in LEXinform 0448893 | Einkommensteuer/Lohnsteuer**

Entschädigung wegen Erwerbsunfähigkeit bei Arbeitslosigkeit

Bundesfinanzhof, IX-R-25/17, Urteil vom 20.07.2018

Erhält ein im Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses Erwerbsloser vom Schädiger Ersatz für den verletzungsbedingt erlittenen Erwerbsschaden gemäß § 842 BGB, kommt es für die Anwendung von § 24 Nr. 1 Buchst. a EStG darauf an, ob mit der Zahlung steuerbare und steuerpflichtige Einnahmen ersetzt werden sollen (sog. Verdienstausfall) oder der Wegfall des Anspruchs auf steuerfreie Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld (§ 3 Nr. 2 EStG a.F., § 3 Nr. 2 Buchst. a EStG n.F.) oder das Arbeitslosengeld II (§ 3 Nr. 2b EStG a.F., § 3 Nr. 2 Buchst. d EStG n.F.).

mehr in LEXinform 0951483 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Ablaufhemmung nach Erstattung einer Selbstanzeige

Bundesfinanzhof, VIII-R-9/16, Pressemitteilung vom 31.10.2018

Die einjährige Verlängerung der Festsetzungsfrist nach Abgabe einer Selbstanzeige schließt eine weitergehende Verlängerung der Festsetzungsfrist bei Steuerhinterziehungen nicht aus, wenn die Steuerfahndung noch vor dem Ablauf der zehnjährigen Festsetzungsfrist für Steuerhinterziehungen mit Ermittlungen beginnt und die spätere Steuerfestsetzung für die nacherklärten Besteuerungsgrundlagen auf den Ermittlungen der Steuerfahndung beruht. Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs setzt dies aber voraus, dass diese Ermittlungshandlungen konkret der Überprüfung der nacherklärten Besteuerungsgrundlagen dienen. Der Streitfall betraf Kapitalerträge aus bei einer liechtensteinischen Stiftung geführten Depots, zu denen der Steuerfahndung eine 2007 angekaufte Steuer-CD vorlag.

mehr in LEXinform 0448892 | Steuerliches Verfahrensrecht

Finanzgerichte

Kindergeld: Mehraktige einheitliche Erstausbildung zur Bankbetriebswirtin - Zwischenzeitliche Vollzeiterwerbstätigkeit

Finanzgericht Düsseldorf, 7-K-576/18-Kg, Urteil vom 18.07.2018

1. Bei der von vorneherein angestrebten Weiterbildung einer Bankkauffrau zur Bankbetriebswirtin im Rahmen eines zum nächstmöglichen Zeitpunkt begonnenen berufsbegleitenden Studiums handelt es sich noch um einen Teil einer einheitlichen mehraktigen Erstausbildung, während der der

Kindergeldanspruch nicht durch die nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss ausgeübte Vollzeiterwerbstätigkeit ausgeschlossen wird.
2. Für die Feststellung der von vorneherein bestehenden Absicht der Weiterbildung zur Bankbetriebswirtin kommt es nicht entscheidend darauf an, ob und zu welchem Zeitpunkt der Familienkasse eine entsprechende schriftliche Erklärung übermittelt worden ist (entgegen DA-KG 2017 V 6.1 Abs. 1 Satz 8).

mehr in LEXinform 5021563 | Einkommensteuer/Lohnsteuer

Schenkungsteuer bei Veruntreuung von Geldbeträgen zugunsten eines Dritten

Finanzgericht Düsseldorf, 4-K-1652/16-Erb, Urteil vom 25.04.2017

1. Die Überweisung veruntreuter Geldbeträge aus dem Vermögen ihres Arbeitgebers durch eine angestellte Buchhalterin auf der freien Verfügungsgewalt eines mit ihr kollusiv zuammenwirkenden Dritten unterliegende Bankkonten ist als freigebige Zuwendung der Schenkungsteuer zu unterwerfen.
2. Die Buchhalterin ist in diesem Fall als Zuwendende der Zahlungen anzusehen, da der Verfügung zugunsten des Dritten notwendig eine rechtswidrige Aneignung der Geldbeträge durch sie vorausgehen musste.
3. Das Bestehen von Rückforderungsansprüchen des Arbeitgebers gegenüber dem Zahlungsempfänger steht dessen Bereicherung im Innenverhältnis zu der zuwendenden Person nicht entgegen....

mehr in LEXinform 5021558 | Erbschaft-/Schenkungsteuer

Finanzverwaltung

Passive Entstrickung aufgrund erstmaliger Anwendung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)

Bundesministerium der Finanzen, IV B 5 - S-1348 / 07 / 10002-01, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 26.10.2018

Das BMF teilt die Behandlung der Fälle der sog. passiven Entstrickung mit.

mehr in LEXinform 5236725 | Internationales Steuerrecht

Weitere Meldungen

Nachzahlungszinsen ab 2012 verfassungswidrig?

Deubner Verlag, Anmerkung vom 30.10.2018

Der BFH hat in einer aktuellen Entscheidung dazu Stellung genommen, ob der gesetzlich festgelegte Zinssatz von 6 % p.a. für Nachzahlungszinsen verfassungsgemäß ist.

mehr in LEXinform 0653550 | Steuerliches Verfahrensrecht

Recht

Arbeit und Soziales

Benachteiligung wegen der Religion - Entschädigung

Bundesarbeitsgericht, 8-AZR-501/14, Pressemitteilung vom 25.10.2018

Das BAG hat aufgrund neuer Rechtsprechung des EuGH entschieden, dass kirchliche Arbeitgeber bei Stellenausschreibungen nicht mehr pauschal eine Religionszugehörigkeit von Bewerbern verlangen können.

mehr in LEXinform 0448879 | Arbeitsrecht

Anspruch auf teure Hörgeräte wegen Baustellenlärm

Hessisches Landessozialgericht, L-1-KR-229/17, Pressemitteilung vom 25.10.2018

Schwerhörige haben Anspruch auf eine Versorgung mit Hörgeräten gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung. Soweit aufgrund der ausgeübten Berufstätigkeit eine besondere Hörgeräteversorgung erforderlich ist, um Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit zu vermeiden, hat ferner die gesetzliche Rentenversicherung die Mehrkosten für höherwertige Hörgeräte zu tragen. Dies sei bei einem Projektleiter der Fall, der für die Bauüberwachung von Großbaustellen zuständig ist. Er habe Anspruch auf ein Hörgerätesystem, das sich automatisch wechselnden Geräuschkulissen anpasst. Dies entschied das Hessische Landessozialgericht.

mehr in LEXinform 0448877 | Sozialrecht

Zivilrecht

Ehefrau der Kindesmutter wird nicht aufgrund der Ehe zum rechtlichen Mit-Elternteil des Kindes

Bundesgerichtshof, XII-ZB-231/18, Pressemitteilung vom 30.10.2018

Der BGH hatte sich mit der Frage zu befassen, ob die Ehefrau der das Kind gebärenden Mutter (allein) aufgrund der bestehenden Ehe als weiterer Elternteil des Kindes in das Geburtenregister einzutragen ist. Er hat dies verneint, weil die bei verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren geltende Abstammungsregelung des § 1592 Nr. 1 BGB bei gleichgeschlechtlichen Ehepaaren nicht gilt.

› mehr in LEXinform 0448889 | Familienrecht

Sonstiges Recht

Trompetenspiel in einem Reihenhaus

Bundesgerichtshof, V-ZR-143/17, Pressemitteilung vom 26.10.2018

Der BGH hat über einen Rechtsstreit entschieden, in dem die klagenden Bewohner eines Reihenhauses erreichen wollen, dass sie das als Lärmbelästigung empfundene Trompetenspiel aus dem benachbarten Reihenhaus nicht mehr hören.

› mehr in LEXinform 0448882 | Sonstiges Recht

Wirtschaft

Finanzen

Hypothekenzinsen und Immobilienpreise werden steigen

FMH Finanzberatung, Frankfurt, Pressemitteilung vom 10.10.2018

Wer einen Blick auf Leitzinsen und Staatsanleihen in den USA wirft, weiß: Lange dauert es nicht mehr, bis auch bei uns die Staatsanleihen anziehen - und dadurch die Hypothekenzinsen.

› mehr in LEXinform 2094151

Personal

Subskriptionsangebot zur Neuauflage der Vergütungsstudie GmbH-Geschäftsführergehälter 2019 von BBE media bis 29.11.2018

DATEV Redaktion LEXinform, Pressemitteilung vom 30.10.2018

Herausgabe ist für Dezember 2018 geplant. Vorbestellungen zum Subskriptionspreis sind für DATEV-Mitglieder bis 29.11.18 möglich. Wer als GmbH-Chef mit seinen Jahresgesamtbezügen unter 148.400 Euro liegt, verdient weniger als die Hälfte seiner Kollegen. Die Bezüge liegen damit 0,2 Prozent über Vorjahreswert. 25 Prozent der Geschäftsführer verdienen mehr als 197.744 Euro. Die jährliche Auswertung unterstützt bei Problemen mit der Finanzverwaltung wegen steuerlicher Angemessenheit der Vergütung und der haftungssicheren Vergütungsberatung. Als Ergänzung zur umfangreichen Studie wird eine interaktive CD für individuelle Abfragen geliefert.

mehr in LEXinform 2094154

Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie bitte nicht die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms, sondern senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Abbestellung oder Datenänderung

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz Datenschutz | Impressum © DATEV eG